

Lauterbach: Im Flieger keine Maskenpflicht

Im Herbst kommen neue Corona-Maßnahmen auf Deutschland zu. Es wird nicht nur gelockert.

BERLIN. Kurz vor der Verabschiedung neuer Coronaregeln für den Herbst hat die Ampelkoalition eine Lockerung für Flugreisende auf den Weg gebracht. So soll die Maskenpflicht in den Maschinen fallen. Einen entsprechenden Änderungsantrag beschloss der Gesundheitsausschuss des Bundestags am Dienstag in Berlin. Mit dem Entwurf sollen wieder weitergehende Regeln zu Masken und Tests ab 1. Oktober gelten. Das geänderte Infektionsschutzgesetz soll an diesem Donnerstag im Plenum beschlossen werden.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach zeigte sich überzeugt, „dass wir mit dieser Vorbereitung im Herbst die Pandemie im Griff haben werden“. Das geplante neue Gesetz sei „ein relativ komplettes Paket, das weit über das hinausgeht, was viele unserer Nachbarländer haben“, sagte der SPD-Politiker am Rande der Sitzung des Gesundheitsausschusses. Flugreisende sollen künftig keine Masken tragen müssen. In der Koalition hatte die FDP Druck für ein Ende der gesetzlichen Vorgabe an Bord gemacht. Dem Ausschussbeschluss zufolge ist künftig noch vorgesehen, dass die Bundesregierung eine Maskenpflicht für Passagiere und Bordpersonal mit einer Verordnung ohne Zustimmung des Bundesrates verhängen kann.

Ein Wegfall der Maskenpflicht für Bahnreisende ist nach Ansicht von Lauterbach hingegen keine Option. „Es ist von vornherein klargestellt gewesen, dass wir über die Maskenpflicht in Bussen und Bahnen nicht verhandeln“, sagte der Politiker. „Selbstverständlich ist es so, dass das Risiko, sich zu infizieren, in Bussen und im Bahnverkehr sehr viel höher ist als im Flugverkehr.“ Lauterbach verwies auf die bessere Durchlüftung im Flugzeug. Laut Beschluss des Gesundheitsausschusses soll außer in Kliniken und Pflegeheimen auch in Arztpraxen die FFP2-Maskenpflicht bundesweit gelten. *dpa*

Das Zitat des Tages



„Wir können plötzlich eines Nachts kommen.“

Recep Tayyip Erdoğan, der türkische Präsident, hat dem Nachbarn Griechenland erneut scharf gedroht. Erdoğan bezog sich auf die angebliche Ausrichtung des S-300-Luftverteidigungssystems Griechenlands auf türkische Jets. Athen bestreitet diese Vorwürfe Ankaras.

Kurz berichtet

170 Menschen binnen vier Monaten im Südsudan getötet

JUBA. Im Südsudan sind nach Angaben der UNO bei Kämpfen rivalisierender bewaffneter Gruppen binnen vier Monaten mehr als 170 Menschen getötet worden. Die Kämpfe zwischen Anhängern von Präsident Salva Kiir und seinem Rivalen, Vizepräsident Riek Machar, erfolgten im östlichen Bundesstaat Unity rund 400 Kilometer nördlich der Hauptstadt Juba, heißt es in einem Bericht, der am Dienstag von der UN-Mission (UNMISS) und dem UN-Menschenrechtskommissariat (OHCHR) vorgelegt wurde. *AFP*

Myanmars Juntachef trifft russischen Präsidenten Putin

YANGON. Myanmars Juntachef General Min Aung Hlaing will an diesem Mittwoch den russischen Präsidenten Wladimir Putin treffen. Die Begegnung soll am Rande des „Eastern Economic Forum“ in Wladiwostok stattfinden, wie das unabhängige myanmarische Nachrichtenportal „Irrawaddy“ jetzt unter Berufung auf Kremlangaben berichtet. Putin ist demnach der erste Staatschef eines mächtigen Landes, der den Juntaanführer empfängt. Dieser ist wegen seines Militärputsches und des brutalen Vorgehens gegen den Widerstand international weitgehend isoliert. Russland ist neben China einer der wichtigsten Waffenlieferanten Myanmars. *KNA*

Die Stimmung ist schlecht im Land – und das ist so ganz und gar nicht verwunderlich. Die Coronakrise wird von der Energiekrise überlappt, und trotz der Entlastungsankündigungen des Bundes am Wochenende gibt es keine Aussicht auf Besserung. Im Gegenteil: Der Eindruck, dass sich immer neue Probleme auftun, ohne dass die bisherigen gelöst sind, sorgt bei den Menschen im Land für ein historisches Stimmungstief.

Dazu kommen alte ungelöste Fragen, die im Lichte der aktuellen Energiekrise noch stärker drücken, wie sich in einer Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen zeigt. Das eigene Zuhause, bezahlbarer Wohnraum, halten immer noch die meisten Menschen für das drängendste Problem in diesem Land, während Themen aus der Coronakrise wie die Digitalisierung an Schulen an Bedeutung verlieren. Das ist kein Wunder, dürfte doch in der Angst um die eigenen vier Wände – ob sie einem nun gehören oder nicht – in einem nicht geringen Maße die Sorge um steigende Energiekosten mitschwingen.

Und die Energiekrise – auch das ist bekannt – trifft Eigentümer und Mieter gleichermaßen. Wer daran jetzt etwas ändern will, dem stehen Hindernisse im Weg, die bereits vor der aktuellen Lage da waren oder sich massiv verschärft haben. Mieter haben

Leitartikel

Der Staat kann nicht alle Härten abfedern

Kretschmann gibt Energiespartipps, Bürger wünschen sich einen starken Staat. Warum beides falsch ist.

VON ANNIKA GRAH



vor allem in Ballungszentren kaum Auswahl, was ihren Wohnraum angeht – dabei noch eine kosten- und klimafreundliche Heizung zu berücksichtigen, ist in vielen Städten ein Ding der Unmöglichkeit. Und Eigentümer, die ihre Immobilie noch nicht auf den neuesten Stand gebracht haben, scheitern momentan, selbst wenn sie sich für eine Modernisierung entschieden haben, an Material- und Fachkräftemangel.

Wer hier allerdings zu große Hoffnungen in die Landesregierung setzt, dürfte bitter enttäuscht werden. Deren Spielräume

sind – abgesehen von Vorgaben und Fördermitteln – ausgerechnet beim Thema Wohnen begrenzt. Um zu signalisieren, dass das Thema trotz der Hilflosigkeit erkannt wurde, hat der Ministerpräsident einen Strategiedialog ins Leben gerufen. Doch Reden zu schwingen, wird in diesem Winter die Probleme der Menschen nicht lösen.

Energiespartipps helfen in der aktuellen Situation nur wenig.

Geradezu zynisch mag es da dem ein oder anderen vorkommen, wenn der Ministerpräsident sich in Interviews nicht scheut, den Mitbürgern Tipps zur Körperpflege mit Waschlappen anheim zu stellen,

Israels Präsident: Stolz auf Partnerschaft mit Deutschland

Zum Abschluss seines Besuches, der bis zur letzten Minute unsicher war, spricht Izchak Herzog im Bundestag und sagt Dinge, die sich sein Vater als KZ-Befreier wohl noch kaum vorstellen konnte.

VON CHRISTOPHER ZIEDLER

BERLIN. Allein die Absperrungen in Berlins Mitte, das Polizeiaufgebot im Tiergarten, die auf Sprengstoff kontrollierten Autos und das Fahnenmeer im Regierungsviertel zeigen, dass bei einem solchen Gast nie Routine einkehrt. „Ein Besuch des israelischen Präsidenten in Deutschland ist immer etwas Besonderes“, hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim sonntäglichen Staatsbankett gesagt. Dieses Jahr gilt das erst recht, weil die Visite auf Messers Schneide stand. „Noch vor einer Woche“, gestand der Gastgeber beim Essen, „hätte ich nicht zu hoffen gewagt, dass wir heute Abend so entspannt und fröhlich hier miteinander sitzen.“

Zur unmittelbaren Vorgeschichte des Besuchs gehört, dass die Nachfahren der Opfer des Münchner Olympiaattentats von 1972 nicht an der Gedenkfeier 50 Jahre später teilnehmen wollten. Erst die Last-minute-Einigung auf Entschädigungszahlungen in Höhe von insgesamt 28 Millionen Euro ebnete den Weg dafür, dass auch Izchak Herzog der Veranstaltung am Montag beiwohnte.

„Ihr Land ist in der DNA meines Volkes“

Die weiter zurückliegende Vergangenheit freilich begründet die Beziehung. Das deutsche Menschheitsverbrechen hat erst zur Gründung des Staates geführt, den Herzog repräsentiert, als sicheren Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden. „Ihr Land ist in der DNA meines Volkes enthalten“, sagt Herzog am Dienstag in seiner Rede vor dem Bundestag, die er zuvor mit einem Gebet in Erinnerung an die sechs Millionen Holocaustopfer begonnen hat. Er erzählt, wie schmerzhaft und zugleich alternativlos das Gedenken ist, das zu einem Teil der Identität beider Nationen wurde: „Nur gemeinsam können wir dem Gedenken Bedeutung verleihen.“



Standing Ovationen für den israelischen Staatspräsidenten Foto: imago/Emmanuelle Contini

Zur Begrüßung hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, die den Gast mit der versammelten Staatsspitze in den Plenarsaal führte, an das Luxemburger Abkommen erinnert. Der Beginn der deutsch-israelischen Beziehungen war schweigend vonstatten gegangen: Auf Bitten der jungen Bonner Bundesrepublik verzichtete Israels Außenminister Moshe Scharrett damals auf die vorbereitete Rede mit dem Diktum, dass „keine Sühne denkbar“ sei für die Vernichtung so vieler Leben. Für den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer sei das Abkommen „eine moralische Pflicht“ und „eine Herzensangelegen-

heit“ gewesen, so Bas. Er habe aber auch gewusst: „Die Mehrheit der Deutschen war damals nicht bereit, die Wahrheit zu hören.“

Deutsch-israelisches Jugendwerk?

Das ist heute anders, wengleich die Haltung, die Shoah in die Geschichtsbücher verbannen zu wollen, ebenso verbreitet ist. Izchak Herzog erteilt allen Schlussstrichgedanken eine klare Absage, fordert, hasserfüllte Parolen auf den Straßen und im Netz nicht zu ignorieren. Die Bundestagspräsidentin nennt es „eine Schande“, dass jüdische Einrichtungen in Deutschland Polizeischutz brauchen. Und sie spricht sich für ein deutsch-israelisches Jugendwerk aus, um das Wunder dieser Staatenfreundschaft in der nächsten Generation zu verankern.

Die bekundete Solidarität Deutschlands mit Israel fordert der Gastredner auch ein – etwa, wenn es um die Kernenergieabkommen mit dem Iran geht: „Atomwaffen in den Händen eines Staates, der täglich zur Vernichtung eines anderen aufruft – das ist unannehmbar.“ Herzog sieht die Bundesrepublik als „bedeutende Kraft in der EU und in der Nato“ und als zentrale Akteurin auch in Bezug auf den Ukrainekrieg: „Deutschland hat sich einen Namen gemacht.“ Israel sei inzwischen „stolz auf seine Partnerschaft“.

Sein Vater Chaim hätte sich das wohl kaum vorstellen können. Noch als sechster Präsident seines Landes sprach er von einer „unsichtbaren Mauer“ zwischen Israel und Deutschland. In Nordirlands Hauptstadt Belfast geboren, gehörte er der britischen Einheit an, die 1945 das Konzentrationslager Bergen-Belsen befreite. Dem Sohn, der das im Bundestag berichtet, erzählte er, wie er „Skelette in gestreiften Anzügen“, mithin „die Hölle auf Erden“ gesehen habe. Dort in Niedersachsen endet der Besuch des elften Präsidenten Israels – ohne jede Routine.

um Energie zu sparen, die ein bundesweites Kopfschütteln hervorrufen. Zu Recht: Viele der Energiespartipps von Politikern zeigen, wie weit weg sie vom alltäglichen Leben der Menschen sind, die vieles davon längst beherzigen, aus Idealismus, um das Klima zu schützen, oder aus Not, um Geld zu sparen.

Dabei ist der Ruf zur Eigenverantwortung beim Energiesparen nicht ganz falsch. Denn noch etwas zeigt sich in der aktuellen Umfrage. Nach zweieinhalb Coronajahren und im Lichte des dritten Entlastungspakets ist die Hoffnung auf Hilfe vom Staat eine gefährliche Gewohnheit geworden.

Das wird deutlich in der Einschätzung zur finanziellen Lage des Landes. Zwar hält nur knapp jeder Dritte die Finanzpolitik des Landes für solide, zugleich glaubt mehr als die Hälfte, dass neue Schulden unumgänglich sind. In dieser Widersprüchlichkeit schwingt auch der diffuse Wunsch mit, der Staat werde es am Ende irgendwie schon richten. Dieser Wunsch kann nur enttäuscht werden.

Noch plant Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) ohne neue Schulden. Doch auch wenn er das nach der Steuerschätzung im November möglicherweise nicht mehr halten kann, stehen die Vorzeichen schlecht, dass sich an der allgemeinen Kassenlage etwas ändern wird. Alle Härten wird der Staat nicht abfedern können.

Caritas fürchtet „Armutsspirale“ im Winter

Linke und der Wohlfahrtsverband fordern Politik und Gesellschaft auf, Maßnahmen zu ergreifen.

BERLIN. Die Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) und die Caritas fürchten eine neue „Armutsspirale“ im Winter angesichts stark steigender Energie- und Lebensmittelpreise. Politik und Gesellschaft müssten rasch gegensteuern, forderten sie am Montagabend bei einem Werkstattgespräch zum Thema „Arm in Berlin – was können wir tun?“. Kipping sagte, sie fürchte einen „langen Winter der Energiearmut“. Dieser werde ohne rasche Hilfe „die treffen, die jetzt schon nichts mehr haben, und zusätzlich neue Gruppen“. Politik und Gesellschaft hätten die Pflicht gegenzusteuern, um die schlimmste Armut zu vermeiden.

Gleichzeitig warnte Kipping vor einem allgemeinen Impuls, den Gürtel enger zu schnallen und etwa nicht mehr ins Theater oder Restaurant gehen zu wollen. Dies könne zu einem wirtschaftlichen und sozialen Dominoeffekt führen, der „auch etwas mit der Stadt Berlin macht“. Als Gegenmaßnahme schlug die Linke-Politikerin vor, gemeinsam als Stadtgesellschaft eine Art „Netzwerk der Wärme“ zu stiften, wo man sich austauschen und etwa über Hilfeleistungen informieren könne.

Dazu könnten sich Stadtteilzentren, Suppenküchen sowie kulturelle Orte zusammenschließen. Auch die Religionsgemeinschaften sollten mit ins Boot. Erzbischof Heiner Koch habe dazu bereits seine Zustimmung signalisiert. Der Winter könne in Erinnerung bleiben als Zeit, „wo man nicht nur gefroren hat, sondern wo man auch zusammengerückt ist“. Die Caritas-Direktorin im Erzbistum Berlin, Ulrike Kostka, erklärte, Not durch steigende Energie- und Lebensmittelpreise ziehe immer weitere Kreise. Sie forderte von Berlin eine Bundesinitiative, um im Entlastungspaket der Bundesregierung auch die Finanzierung von Beratungsstrukturen festzuschreiben. *KNA*

Die Tomicek-Karikatur



Grüner Scherbenhaufen

Kritik am Aus für den Islamismusexpertenkreis

Politiker und Fachleute sprechen von einem „falschen Signal“ und dass der Kampf gegen politischen Islamismus vernachlässigt werde.

BERLIN. Experten und Politiker von FDP und Union kritisieren die Entscheidung des Bundesinnenministeriums, den „Expertenkreis politischer Islamismus“ nicht fortzusetzen. FDP-Innenpolitikerin Linda Teuteberg sagte der „Welt“: „Den Expertenkreis politischer Islamismus aufzulösen, ist das falsche Signal in einer Zeit, in der Islamismus zunehmend legalistische Wege sucht.“

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alexander Throm, erklärte, die Einstellung zeige, „dass die Bundesinnenministerin den Kampf gegen politischen Islamismus auf das Sträflichste vernachlässigt“. Der in der Union zuständige Berichterstatter der Arbeitsgruppe Innen und Heimat, Christoph de Vries, ergänzte, Faesers Entscheidung sei auch „ein Schlag

ins Gesicht all derjenigen, die sich in der Wissenschaft oder Zivilgesellschaft gegen religiösen Extremismus und für unsere Demokratie engagieren“.

SPD-Innenpolitiker Uli Grötsch verwies darauf, dass der Expertenkreis von Anfang an auf ein Jahr angelegt war und die Arbeit in anderer Form fortgeführt werden solle: „Die Aufregung scheint mir daher eher politischer Natur.“ Die innenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Lamya Kaddor, hält es für richtig, in Prävention und Deradikalisierung zu investieren, statt in weitere Expertenrunden. Der Expertenkreis war für eine Bestandsaufnahme des sogenannten legalistischen Islamismus eingesetzt worden, also derjenigen islamistischen Strömungen, die gewaltfrei agieren. *KNA*